

## **D1 Stacheldraht zu Altmetall – United we fight!**

Gremium: Länderrat  
Beschlussdatum: 01.07.2023  
Tagesordnungspunkt: A Aktuelle politische Lage

### **Antragstext**

1 Europa – eine Idee des Friedens. Doch Frieden für wen?  
2 Über 55.000 Menschen gelten seit 2014 nach ihrer Flucht über das Mittelmeer als  
3 vermisst – viele von ihnen sind dabei verstorben. Menschen, die es bis nach  
4 Italien, Spanien oder Griechenland schaffen, erlebten dort weitere Gewalt: Durch  
5 Grenzschutzbehörden, die Polizei oder Angriffe von Neonazis. Und während all das  
6 bereits seit Jahrzehnten bittere europäische Realität ist, soll nun die Mauer um  
7 Europa noch höher gebaut werden. Humane Asylpolitik? Fehlanzeige!

### **8 Weitere Entrechtung von Geflüchteten – Nicht mit uns!**

9 Statt sich der Gewalt und den unzähligen Menschenrechtsverletzungen  
10 entgegenzustellen, plant die EU, die Regierungen der europäischen Länder und  
11 deren Innenminister\*innen gegenwärtig die größte Einschränkung des Asylrechts  
12 seit seiner Einführung nach dem Zweiten Weltkrieg. Asylanträge sollen zukünftig  
13 nur noch in Außengrenzverfahren gestellt werden können. Angeblich wäre das  
14 schneller, doch in Wahrheit entrechtet es Flüchtende nur weiter.

15 Monatelang sollen die Menschen an den Außengrenzen unter Haftbedingungen in  
16 Massenlager verbringen, während die Zulässigkeit des Antrags geprüft werden  
17 soll. Wenn Menschen über einen als angeblich „sicher“ eingestuften Drittstaat  
18 einreisen, wird der Antrag abgelehnt. Weil die Kriterien, wann ein Staat als  
19 „sicher“ gilt, weiter heruntergeschraubt werden und – trotz klarer  
20 Verfassungswidrigkeit – sogar Teilgebiete von Staaten so eingestuft werden  
21 sollen, wird das individuelle Asylrecht massiv in Frage gestellt. Die Folge:  
22 Noch mehr unmenschliche Abschiebungen.

23 Selbst das zutiefst unmenschlich und an koloniale Denkmuster angeknüpfte System,  
24 wie es gerade zwischen Großbritannien und Ruanda herrscht, ist in Europa damit  
25 nicht ausgeschlossen. Sogenannte „nationale Auslagerungsstrategien“ sollen  
26 ermöglichen, dass Menschen in Drittstaaten abgeschoben werden, zu denen sie  
27 nahezu keine Verbindung haben. Die rechtswidrige und unmenschliche Praxis der  
28 Pushbacks wird nicht nur teilweise legalisiert, sondern noch weiter zunehmen, da

29 die Außengrenzstaaten weiterhin mit der Aufnahme der Menschen alleine gelassen  
30 werden.

31 Die Belastung der Anrainerstaaten wird durch den so vorliegenden  
32 "Solidaritätsmechanismus" keinen Deut geringer. Es liegt nahe, dass Länder wie  
33 Italien oder Griechenland weiterhin Pushbacks durchführen werden. Dieser Bruch  
34 des Rechts auf Asyl muss endlich Konsequenzen haben, und darf nicht weiter  
35 hingenommen.

36 Statt individueller Prüfung der Fluchtgründe steht dann eine möglichst schnelle  
37 Abfertigung der Menschen als oberste Priorität. Rechtsstaatliche Verfahren und  
38 Menschenrechte werden somit an den Außengrenzen noch weiter  
39 eingeschränkt. Abschiebungen in unsichere Drittstaaten und (Ketten-)Abschiebungen  
40 werden somit deutlich ausgeweitet. Für jeden Schutzsuchenden ist das eine  
41 unmenschliche Behandlung – für vulnerable Gruppen wie Frauen, Queers und viele  
42 andere Menschen eine tödliche Gefahr. Statt der versprochenen „No more Morias“  
43 heißt das, dass solche unmenschlichen Lager zum europäischen Standard werden.

### 44 **Den Abschottungsdystopien entgegenstellen!**

45 Die Zustimmung Deutschlands und der Grünen Partei ist falsch, denn sie bricht  
46 mit den europäischen und parteiinternen geeinten Grundwerten. Auch wir als Grüne  
47 Jugend können uns nicht damit identifizieren. Das Abstimmungsverhalten der  
48 Ampel-Regierung im JI-Rat widerspricht unserer Position und Grundhaltung.

49 Diese Asylrechtsverschärfungen sind unhaltbar für uns. Das haben wir in den  
50 vergangenen Wochen, auf allen Ebenen – vom kleinsten Kreisverband, als  
51 Landesverbände und als Bundesverband - lautstark klar gemacht. Gemeinsam mit  
52 unseren Bündnispartner\*innen wie ProAsyl, der Seebrücke, lokalen  
53 Geflüchteteninitiativen oder den anderen Jugendorganisationen organisierten wir  
54 im gesamten Land Demonstrationen. Bündnisse, die es vor ein paar Wochen noch gar  
55 nicht gab, sind aus dem Boden gesprossen. Bündnisse, mit denen wir auch in  
56 weitere linke Konflikte gehen können. Die Zustimmung Deutschlands zur bisherigen  
57 europäischen Einigung ist falsch. Das haben wir auch innerhalb der Partei klar  
58 gemacht und durchgesetzt.

59  
60 Wir konnten – in der Zivilgesellschaft und in der Grünen Partei – eine Gegenwehr  
61 aufbauen, die viele vermutlich gar nicht erwartete hatten. Und nur durch diesen  
62 lautstarken, gemeinsamen Protest konnten wir so viel Druck aufbauen!  
63 Die geplanten Reformen werden voraussichtlich noch über Jahre weiter verhandelt  
64 werden. Wir werden weiterhin für Menschen auf der Flucht kämpfen. Wir werden  
65 weiterhin die geplanten Reformen des Asylsystems aufs schärfste kritisieren –  
66 und dagegen ankämpfen. Denn noch sind diese tödlichen Pläne nicht beschlossen.  
67 Wir erwarten von der Grünen Partei & den Verantwortungsträger\*innen, sich  
68 ebenfalls aufs Härteste für einen verpflichtenden Verteilungsmechanismus und die  
69 Verhinderung von Haft einzusetzen. Es darf nicht ein bisschen weniger  
70

71 Asylrechtsverschärfungen geben, sondern es braucht eine radikale Kehrtwende hin  
72 zu Menschenrechten und Humanität.

## 72 **Rassistische Migrationspolitik hat System!**

73 Der unmenschliche Umgang mit Flüchtenden ist rassistisch. Menschen wird der  
74 Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Wohlstand oder grundsätzlich überhaupt Asylverfahren  
75 verwehrt, weil sie an einem bestimmten Ort geboren sind und einen bestimmten  
76 Pass haben. Es reicht nicht, die Asylrecht-Verschärfungen nur auf einer  
77 moralischen Ebene zu kritisieren. Denn die rassistische Grenzpolitik der EU, die  
78 Abschottung, wachsender Rechtspopulismus und Hetze gegen Geflüchtete haben  
79 unmittelbar mit dem kapitalistischen System zu tun.

80 Fluchtursachen sind vielfältig. Was sie aber verbindet, ist die Tatsache, dass  
81 sie eine Konsequenz der globalen Wirtschaftsweise sind, in der die Profite von  
82 Wenigen wichtiger als ein gutes Leben für uns alle ist. Egal ob  
83 Umweltkatastrophen, die durch die globale Klimakrise von transnationalen  
84 Konzernen angefeuert werden, oder wirtschaftliche und soziale Schieflagen, die  
85 Ländern durch Sparmaßnahmen anderer Länder auferlegt werden – das Profitstreben  
86 im Kapitalismus nimmt keine Rücksicht auf die Sicherheit und gute  
87 Lebensbedingungen von Menschen weltweit. Das Handeln von den Regierungen im  
88 wirtschaftlichen Zentrum des globalen Kapitalismus führt unmittelbar zu  
89 Umständen, die Menschen zur Flucht zwingen.

90 Gerade Staaten die davon besonders profitieren, wie Deutschland, die USA oder  
91 andere europäische Länder, schotten sich ab und bauen gewaltsame Grenzen. Diese  
92 Abschottung passiert, um den Wohlstand der jeweiligen Nation aufrecht erhalten  
93 zu können und das nationale Kapital zu schützen. Diese Entwicklung ist also  
94 nicht einfach moralisch falsch, sondern eine logische Konsequenz für Staaten im  
95 kapitalistischen Wettbewerb mitzuhalten.

96 Nicht nur der rassistische Umgang mit Menschen auf der Flucht ist unserem  
97 kapitalistischen System geschuldet. Auch wenn es Migrant\*innen beispielsweise  
98 nach Deutschland schaffen, werden sie in teils rechtswidrigen Verhältnissen  
99 besonders stark auf dem Arbeitsmarkt ausgebeutet. Durch Arbeitsmarkt- und  
100 sozialpolitische Gesetze werden migrantisierte Menschen in Deutschland in  
101 deutlich schlechter bezahlte Jobs gedrängt. Auch hier wird rassistische  
102 Migrationspolitik sichtbar.

103 Seit Jahren lässt sich bei konservativen und liberalen Parteien die Strategie  
104 beobachten, durch einen (vor allem asylpolitischen) Rechtsruck  
105 rechtspopulistischen Kräften den Rang abzulaufen. Diese Strategie ist  
106 gefährlich, falsch und wir verurteilen sie aufs Schärfste! Rechte Framings  
107 aufzunehmen, schwächt Rechtspopulist\*innen nicht, sondern im Gegenteil:  
108 Rechtspopulist\*innen werden gestärkt und Asylrechtsverschärfungen gehen mit  
109 verstärktem Rassismus einher. Eine restriktive und rassistische Asylpolitik ist

110 also nicht nur ein massiver Angriff auf die Rechte und die Sicherheit von  
111 flüchtenden Menschen. Sie ist auch eine akute Gefährdung aller migrantisierter  
112 Menschen, auch hier in Deutschland! So sind im letzten Jahr deutlich mehr  
113 Angriffe auf Geflüchtetenunterkünfte verübt worden – und in den ersten drei  
114 Monaten dieses Jahres haben sich die Angriffe nochmal verdoppelt.

115 Rassismus und rechtspopulistische Erzählungen verfangen bei vielen Menschen  
116 deshalb so gut, weil sie eine einfache Antwort auf Abstiegsängste,  
117 Existenzsorgen und Unsicherheit geben. Solche besorgniserregenden Erfahrungen  
118 machen viele Menschen – oft aber vor allem auch migrantisierte Menschen. Für uns  
119 steht fest: Wir lassen uns durch Rassismus nicht spalten und kämpfen gemeinsam  
120 für bessere Arbeitsbedingungen und wirklich sichere soziale Absicherungssysteme!

### 121 **Eine Welt der Menschlichkeit ist möglich**

122 Angesichts der strukturellen Probleme, die hinter dem Umgang mit Flucht und  
123 Migration stehen, kann man sich schnell machtlos fühlen. Dabei ist aber klar:  
124 Menschen fliehen aus Verzweiflung, Hunger oder Krieg. Keine noch so hohe Mauer,  
125 kein noch so spitzer Stacheldraht, keine noch so unmenschliche Behandlung wird  
126 einen Menschen von der Flucht abhalten.

127 Die Verschärfungen sind daher auch eine Ablenkungsdebatte, weil man reale  
128 Möglichkeiten zur Verbesserung der humanitären Lage nicht finanzieren will.  
129 Gerade darauf muss aber der Fokus liegen: Die aufnehmenden Kommunen und die  
130 Außengrenzstaaten müssen europaweit besser unterstützt werden. Dies kann nur  
131 durch eine verpflichtende solidarische Aufnahme und Verteilung in Europa  
132 passieren. Statt einer weiteren Entrechtung und Auslagerung von Asylverfahren  
133 braucht es eine würdevolle Unterbringung und einfache Möglichkeiten zur  
134 gesellschaftlichen Teilhabe in ganz Europa. Für flüchtende Menschen ist die  
135 Flucht alternativlos. Niemand begibt sich freiwillig auf gefährliche  
136 Fluchtrouten und zahlt sehr viel Geld für einen Platz auf einem völlig  
137 überfüllten Schlauchboot. Diese Menschen müssen geschützt werden. Daher stellen  
138 wir uns der Kriminalisierung ziviler Seenotretter\*innen entschieden  
139 entgegen. Private Seenotrettung darf, auch durch die deutsche Bundesregierung,  
140 nicht weiter kriminalisiert werden. Zivile Seenotrettung muss solange  
141 unterstützt werden, bis die staatlichen Akteur\*innen in ihre Verantwortung  
142 zurückkehren. Die Finanzierung und Ausrüstung der sogenannten Libyschen  
143 Küstenwache, die sich an Menschenrechtsverstößen und Schlepperei beteiligt,  
144 lehnen wir ausdrücklich ab.

145 Sollte das nicht gelingen und der GEAS-Beschluss im Wesen unverändert bleiben,  
146 muss Deutschland final mit "Nein" stimmen. Das ist auch nach dem Trilogverfahren  
147 noch möglich. Sollten sich keine oder nicht ausreichende Verbesserungen im  
148 laufenden Verfahren ergeben und der Beschluss nach wie vor mit den europäischen  
149 Grundwerten brechen, ist dieser für Grüne Minister\*innen nicht zustimmungsfähig.

150 Der weitere Ausbau der Festung Europa ist nicht hinnehmbar. Ein tragbarer  
151 Kompromiss bedeutet mehr, als nur Kinder oder Menschen aus mehr Herkunftsstaaten  
152 aus den Haftlagern ausgenommen werden. Menschenrechte sind individuell und nicht  
153 an Alter oder Herkunft geknüpft.

154 Unser Ziel ist es, GEAS fundamental zu verändern. Es muss eine wirkliche  
155 Verbesserung der Rechte und des Lebens von Menschen auf der Flucht geben.  
156 Das heißt: Keine Verringerung von Standards in Asylverfahren, keine  
157 verpflichtenden Grenzverfahren, keine Haft-Ähnlichen Bedingungen an den  
158 Außengrenzen. Als Verband werden wir diese Position selbstbewusst, gegen  
159 Widerstände nach außen und auch innerhalb der Grünen Partei weiter vertreten und  
160 für Menschenrechte auf allen Ebenen kämpfen. Mit dem Länderrat im Juni 2023 ist  
161 die parteiinterne Debatte um Grünes Handeln in der Ampel nicht beendet. Grünes  
162 Regierungshandeln darf nicht daraus bestehen, Menschenrechtsverletzungen  
163 mitzutragen. Wir erwarten von Grünen in der Regierung, private Seenotrettung zu  
164 ermöglichen und die Achtung der Menschenwürde, auch an den europäischen  
165 Außengrenzen, zu verteidigen. Auch innerhalb einer Regierung müssen die Grünen  
166 zu ihrer Grundsatzprogramm und Parteitagebeschlüssen stehen und nicht alle  
167 Inhalte dem gemeinsamen Kompromiss opfern. Wir erwarten von der Bundesregierung  
168 und der Grünen Partei, sich klar für die Rechte von geflüchteten Menschen und  
169 gegen jegliche Verschärfungen des Asylrechts einzusetzen.

170 Neben diesen notwendigen Reformen ist für uns klar: Wir kämpfen weiter für eine  
171 befreite Gesellschaft! Das heißt auch: Ein Recht auf globale Bewegungsfreiheit  
172 zu erkämpfen. Menschen dürfen nicht mehr aufgrund ihres Geburtsortes und Passes  
173 an einen Ort gebunden sein.

174 Aber es heißt auch: Als Linke innerhalb von Deutschland dafür zu kämpfen, dass  
175 durch deutsches (außenpolitisches) Handeln weltweit keine Menschen mehr  
176 ausgebeutet werden.

177 Das heißt für uns: Wir müssen eine möglichst starke linke Bewegung innerhalb von  
178 Deutschland und innerhalb der Europäischen Union aufbauen. Für die Menschen  
179 innerhalb Deutschlands, Europa und Weltweit. Dafür brauchen wir möglichst viele,  
180 organisierte Menschen bei uns vor Ort. Das kann ganz konkret in Bündnissen mit  
181 der Seebrücke, mit Fridays for Future, den anderen Jugendorganisationen,  
182 Gewerkschaften und vielen anderen Akteur\*innen sein.

183 Linke Antworten müssen wieder greifbar werden, um den Konservativen und Rechten  
184 den Wind aus den Segeln zu nehmen. Dafür werden wir auch weiterhin als gesamter  
185 Verband kämpfen.

## **D2 Faire Arbeit für alle – Schluss mit der Ausbeutung!**

Antragsteller\*in: Steve Amoo  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes  
Status: Zurückgezogen

### **Antragstext**

#### **Respekt? Fehlanzeige!**

Ein Bürger\*innengeld, das den Namen nicht verdient, minimale Verbesserungen beim Mindestlohn, die nicht mal die Inflation ausgleichen, Reallohnverlust im dritten Jahr in Folge und vieles mehr. Wir sehen den dramatischsten Aufstieg neoliberaler Konzepte seit über 10 Jahren und das Fehlen linker Alternativen.

Schlimmer noch: Rechte Kräfte erfahren Aufwind und erzielen historische Wahlerfolge. Erst vor wenigen Tagen errang der **AfD-Politiker Sesselmann** für seine Partei ein Landratsamt – ein Novum in der neueren Geschichte der Bundesrepublik: Rechtsextreme an der Macht. Das sind die realen Folgen des Ausbleibens echter Sozialpolitik, die Arbeiter\*innen ermächtigt und soziale Härten abfängt – gerade in Krisenzeiten.

#### **41 Cent – das ist kein „Respekt“!**

Vor knapp einer Woche trat die Mindestlohnkommission in einer Pressekonferenz vor die Öffentlichkeit und verkündete, dass der **Mindestlohn zu 2024 auf 12,41€** ansteigen solle – schlappe **3,9% Lohnzuwachs** für die ärmsten Arbeiter\*innen des Landes. 2025 soll dieser dann erneut nur minimal steigen – um unglaubliche 40 Cent (auf insgesamt 12,81€). Vor allem Frauen und Ostdeutsche seien, laut Körzell, von der ausbleibenden Erhöhung betroffen, da sie ein besonders hohes Armutsrisiko trifft und sie überdurchschnittlich oft im Niedriglohnsektor arbeiten.

Während die **Inflationsrate aktuell mit 6,4%** fast das Doppelte dieser Lohnsteigerung für 2024 beträgt, ließen Stefan Körzell (Vorstandsmitglied des DGB) und die Vorsitzende der Mindestlohnkommission öffentlich erkennen, dass die Arbeitgeber\*innen-Seite, vertreten durch Steffen Kampeter, keine Kompromissbereitschaft zeigte<sup>[1]</sup>, ihre staatspolitische Verantwortung missachtete und schlichtweg drohte, die Arbeitnehmer\*innen zu überstimmen,

27 sollte es nicht zu einer Einigung kommen. Es ist die erste Entscheidung der  
28 Mindestlohnkommission, die nicht einstimmig erfolgt ist.

29 **Während die Arbeitgeber\*innen-Seite am Lohndumping und Rechenricks festhält,**  
30 hört man von Minister Heil oder dem Kanzler nichts. Dabei schreibt die EU  
31 bereits vor, dass sich der Mindestlohn im gesamten Euroraum am Medianlohn  
32 orientieren, genauer gesagt 60% des Medianlohnes betragen sollte. Dies  
33 entspräche einer Erhöhung auf ungefähr 13€ im ersten Jahr und über 13€ für 2025  
34 - weitaus mehr als erreicht werden soll.

35 **Das ist ein klarer Rechtsbruch** und dient einzig und allein den Profitinteressen  
36 gieriger Arbeitgeber\*innen, die ihre Beschäftigten nur allzu gerne ausbeuten!  
37 **Diese Entscheidung muss rückgängig gemacht und durch eine ernsthafte**  
38 **Lohnerhöhung von mindestens 3€ ersetzt werden!**

### 39 **Gewerkschaften: TV Stud – jetzt!**

40 **Dauerbefristung, Bezahlung auf Mindestlohniveau und unbezahlte Überstunden als**  
41 **Regelfall – all das ist die Realität für viele studentische Beschäftigte.** Seit  
42 Jahren kämpfen sie für Verlängerungen der Vertragsdauer, bessere Bezahlung sowie  
43 mehr Mitbestimmung. Noch nie standen Studierenden von **TV Stud** so kurz vor dem  
44 Ziel wie jetzt! **Strukturelle Verbesserungen sind dabei nur über eine Tarifierung**  
45 **zu erreichen.** Studentische Beschäftigte stellen die einzige Beschäftigtengruppe  
46 an den Universitäten dar, die davon bis jetzt ausgeschlossen sind.

47 11 der 16 Bundesländer haben sich bereits zu einer Tarifregelung für  
48 studentische Beschäftigte bekannt und setzen sich für eine bundesweite Regelung  
49 ein. Bremser mal wieder: Nordrhein-Westfalen. Obwohl die Schwarz-Grüne  
50 Landesregierung TV Stud in den Koalitionsvertrag aufgenommen hat und die in der  
51 letzten Tarifrunde vereinbarte „Bestandsaufnahme zu den Arbeitsbedingungen  
52 Studentischer Beschäftigter“ zwischen Arbeitgeberverband der Länder (AdL) und  
53 den Gewerkschaften ver.di & GEW über die **Studie „Jung, akademisch, prekär“**[\[2\]](#)  
54 massiven Handlungsbedarf offengelegt hat, **droht Optendrenk mit der Blockade der**  
55 **Verhandlungen.** NRW bricht damit nicht nur mit dem eigenen Koalitionsvertrag,  
56 sondern verhindert für knapp 40.000 Hilfskräften & Tutor\*innen landes- und über  
57 300.000 Kolleg\*innen bundesweit, über bessere Arbeitsbedingungen zu verhandeln.

58 Finanzminister Optendrenk ist Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes Nordrhein-  
59 Westfalens und zuständig für die Positionierung NRWs im Arbeitgeberverband auf  
60 Bundesebene. An ihm droht zu scheitern, wofür studentische Beschäftigte in NRW  
61 und in allen anderen Bundesländern seit Jahren kämpfen.

62 **Unsere Aufgabe ist es, an der Seite der studentischen Beschäftigten zu stehen**  
63 **und die Grünen, die gemeinsam mit der CDU einen Tarifvertrag für Studentische**

64 Beschäftigte in den Koalitionsvertrag aufgenommen haben, jetzt, vor dem  
65 drohenden Abbruch der laufenden Vorsondierungsgespräche, in die Verantwortung zu  
66 nehmen und öffentlich Druck zu machen!

67 Sie brauchen unsere Unterstützung in ihrem Kampf für bessere Arbeitsbedingungen  
68 und mehr Mitbestimmung! **Wir sind solidarisch mit allen studentischen**  
69 **Beschäftigten!**

70 **Ausbeutung von Migrant\*innen und Geflüchteten**  
71 **auf dem Arbeitsmarkt verhindern –**  
72 **Fachkräftegesetz verbessern!**

73 In einer seiner letzten Sitzungen vor der Sommerpause hat der Bundestag das  
74 **Fachkräfteeinwanderungsgesetz** beschlossen, das sogenannte „legale  
75 Migrationswege“ schaffen soll, indem Menschen für Arbeitsverhältnisse nach  
76 Deutschland kommen können sollen. Während ein modernes Einwanderungsrecht  
77 selbstverständlich mehr als überfällig ist, gibt es doch **einige Kritikpunkte.**

78 Beispielsweise ist weitestgehend **unklar, in welchem Verhältnis das FkEG zum**  
79 **Asylrecht stehen wird** und welche Auswirkungen dieses auf die Möglichkeit für  
80 Asylsuchende, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, haben wird. Auch ist nicht  
81 abschließend geklärt, wie die Bewertungskriterien der „Chancenkarte“[\[3\]](#) genau  
82 ausgelegt werden sollen – allem voran das Kriterium des „Deutschlandbezugs“, bei  
83 dem eine Einteilung in Einwandernde erster und zweiter Klasse droht. Auch dass  
84 „Alter und Potenzial des mitziehenden Ehe- oder Lebenspartners“[\[4\]](#), wie es im  
85 Entwurf heißt, miteinbezogen werden sollen, obwohl es sich dabei nicht um die  
86 einwandernde Person selbst handelt, ist zu kritisieren.

87 Problematisch ist jedoch vor allem die Möglichkeit von „**kontingentierten**  
88 **kurzzeitigen Beschäftigungen**“[\[5\]](#), auf Basis derer Einwandernde **befristet auf 8**  
89 **Monate in Deutschland arbeiten** können sollen. **Befristete Arbeitsverhältnisse**  
90 **sind immer mit Risiken und Unsicherheiten für Arbeitnehmer\*innen verknüpft. Sie**  
91 **öffnen Tür und Tor für Kettenbefristungen**, die dazu dienen, einheimische  
92 Arbeitskräfte, die nicht bereit sind, in befristeten Arbeitsverhältnissen zu  
93 arbeiten, durch billige ausländische und temporär angeworbene Arbeitskräfte zu  
94 ersetzen – **eine Verschiebung der Verhandlungsmacht zugunsten der**  
95 **Arbeitgeber\*innen und zu Lasten der Angestellten.**

96 Statt Migrant\*innen auszubeuten und ihnen unhaltbare Arbeitsbedingungen  
97 aufzudrücken, die große Teile der bereits hier lebenden Bevölkerung zurecht  
98 nicht hinnehmen, sollte es das Ziel der Bundesregierung sein, die  
99 **Arbeitsbedingungen für alle zu verbessern – in der Pflege, den Behörden, dem**  
100 **ÖPNV und in der Bildung!** Daher braucht es **substantielle Verbesserungen am**  
101 **Entwurf**, die ein Abwälzen der Ausbeutung auf Migrant\*innen verhindern!

102 **Her mit der fairen Arbeit für alle!**

103 **Wir fordern:**

- 104 1. **Her mit dem Mindestlohn von mindestens 15€!**
- 105 2. **Schluss mit der Kettenbefristung und Unterbezahlung studentischer**  
106 **Beschäftigter! Her mit TV Stud als bundesweites Tarifmodell!**
- 107 3. **Schluss mit der Blockadehaltung Optendrenks in NRW bei den Verhandlungen!**  
108 **Einhaltung des Koalitionsvertrages!**
- 109 4. **Keine Ausbeutung von Arbeitsmigrant\*innen auf Basis des neuen FkEGs!**  
110 **Abschaffung der Befristungsmöglichkeiten, um Kettenbefristung zu**  
111 **verhindern!**
- 112 5. **Faire Arbeitsbedingungen, höhere Löhne und betriebliche Mitbestimmung**  
113 **statt Abwälzen der Arbeitslast auf Migrant\*innen und kapitalistischer**  
114 **Ausbeutung!**

## **Begründung**

[1] Pressekonferenz mit Christiane Schönefeld, Steffen Kampeter und Stefan Körzell.

<https://www.youtube.com/watch?v=j5TOYeSrp8>

[2] Studie „Jung. Akademisch.

Prekär.“

<https://gesundheit-soziales->

[bildung.verdi.de/themen/studium/++co++6c604298-b75c-11ed-95d8-001a4a160100?kws=JAV](https://bildung.verdi.de/themen/studium/++co++6c604298-b75c-11ed-95d8-001a4a160100?kws=JAV)

[3] Pressemitteilung des Bundesministeriums des Inneren.

<https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2023/03/fachkraefte-kabinett.html>

[4] Siehe 3

[5] Siehe 3 & Entwurf des Bundeskabinetts zum Gesetz. Seite 101 (zu Buchstabe d).

[https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/gesetzgebungsverfahren/DE/Downloads/kabinetts-fassung/entwurf-gesetz-weiterentwicklung-fachkraefteeinwanderung.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=8](https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/gesetzgebungsverfahren/DE/Downloads/kabinetts-fassung/entwurf-gesetz-weiterentwicklung-fachkraefteeinwanderung.pdf?__blob=publicationFile&v=8)